

Die SPD braucht eine große Geschichte

Die Herausforderungen annehmen - Gestaltungslinke statt Protestlinke

*Von Gerd Andres, Marion Caspers-Merk, Susanne Kastner, Gernot Erler, Michael Müller, Ernst-Dieter Rossmann**

Die SPD ringt um ihren Kurs. In Meinungsumfragen ist sie im Stimmungstief, die Basis zeigt sich verunsichert. Mehr als andere Parteien ist sie von den tiefen sozialen und ökonomischen Umbrüchen betroffen, die unsere Gesellschaft umwälzen und vor neue Herausforderungen stellen. Die damit verbundenen Konflikte und Widerstände, aber auch Chancen und Hoffnungen spiegeln sich in den Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 wieder. Fest steht: Die alten Verhältnisse, die uns lange Zeit Sicherheit und Wohlstand gegeben haben, funktionieren nicht mehr. Aber wir beginnen erst, die neue Epoche zu begreifen und zu gestalten.

Die SPD war in den vergangenen Jahrzehnten ein Garant für Stabilität und Fortschritt. Sie hat den Kapitalismus sozial gebändigt und damit den Menschen Sicherheit und Wohlstand gebracht. Deshalb wird besonders von ihr eine Antwort erwartet, wie neuer Fortschritt aussieht. Von daher weist die Debatte über die Agenda 2010 weit über die Partei hinaus. Sie kann nicht auf Hartz IV reduziert werden, sondern entscheidet generell über die Zukunft unseres Landes.

Wie in einem Brennglas stellt sie die Frage nach der Reformfähigkeit unserer Gesellschaft: Wie können wir das Erbe der sozialen Demokratie in einer Welt bewahren, die von sozialer Ungleichheit, ökologischen Bedrohungen und zunehmenden Verteilungskonflikten geprägt ist? Kann in Europa eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umgesetzt werden, die sich in der globalen Epoche behauptet und mehr Demokratie und Gerechtigkeit verwirklicht?

Wir, die Autoren, sehen drei Hauptaufgaben sozialdemokratischer Politik: Erstens Trends frühzeitig erkennen, um Zukunftschancen zu nutzen und Zukunftsgefahren zu vermeiden. Zweitens für Reformen kämpfen, die den Menschen neue Sicherheit und mehr Vertrauen geben sowie ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit schaffen. Drittens den notwendigen Umbauprozess rechtzeitig und sozial verträglich organisieren. Die Herausforderung, eine dauerhafte Balance zu schaffen, richtet sich in erster Linie an die SPD. Ihre historische Wurzel ist die soziale Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Daher kann es die Stunde der europäischen Sozialdemokratie werden, wenn wir unsere Chancen nutzen.

Teilt man die Entwicklung der Bundesrepublik in größere Phasen ein, dann wird deutlich, was das heißt: Der erste größere Abschnitt begann nach 1950 und war die Herausbildung der sozialen Marktwirtschaft. Wie in einem Fahrstuhl hob sie unsere Gesellschaft nach oben und eröffnete Chancen und Wohlstand für alle.

Die sozial-liberale Koalition von 1969 brachte den zweiten großen Modernisierungsschub. Die alte Bundesrepublik, der verkrustete CDU-Staat, war zu eng und zu national geblieben. Die Aufbauphase war vorbei, unser Land brauchte neue Perspektiven. Es kam zu inneren Reformen, zur europäischen Integration und zur Friedenspolitik. Durch den Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Bildungsangebote, wurde der Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut verringert. Für *Ralf Dahrendorf* war die Nachkriegszeit das „Jahrhundert der Sozialdemokratie“.

Ende der achtziger Jahre begann eine dritte Phase. Mit dem Ende der zweigeteilten Welt, dem Siegeszug der Informationstechnologien, der europäischen Integration und der Dynamik der entfesselten Globalisierung änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Die soziale Frage kehrte in aller Schärfe zurück, eng verbunden mit wachsenden ökologischen Gefahren. Die neunziger Jahre wurden Triumph und Versagen zugleich. Nach dem Geschenk der deutschen Einheit waren CDU/CSU und FDP blind gegenüber den neuen Herausforderungen. Beispielhaft dafür steht *Helmut Kohls* törichte Aussage, die deutsche Einheit sei „aus der Portokasse“ zu finanzieren, wie zuvor schon *Norbert Blüms* „Die Renten sind sicher.“

Eine Übersicht über Reformen in allen OECD-Staaten belegt ein krasses Versagen unseres Landes in der ersten Hälfte des Jahrzehnts. Während es insbesondere in den hoch gelobten skandinavischen Staaten zu einer weit reichenden Neuausrichtung kam, darunter nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ zum Umbau der Sozialsysteme und zur „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes - Maßnahmen, die der Agenda 2010 entsprechen, sonnte sich die Regierung Kohl im Triumph der deutschen Einheit und dem Nachfrageschub, der kurzzeitig von ihr ausgelöst wurde. Ein gewaltiger Reformstau besiegelte ihr Ende.

Spätestens mit dem Einbruch der Weltkonjunktur zu Beginn unseres Jahrzehnts holten uns die Versäumnisse schmerzlich ein. Aus dem Vorzeigeland wurde ein Abstiegsland. Erst der sozialdemokratische Bundeskanzler *Gerhard Schröder* setzte zehn Jahre später, unter ungleich schwierigeren wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, den Prozess der Erneuerung in Gang. Angesichts der nachholenden Reformen hätte die Agenda eigentlich Agenda 2000 heißen müssen.

Dreh- und Angelpunkt waren das Aufbrechen einer verhärteten Arbeitslosigkeit – auch durch die Abschaffung von Einzelregelungen, die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt hatten -, eine umfassende Neuordnung der Arbeitsverwaltung hin zu einem modernen Dienstleister, bei dem die Vermittlung der Arbeitslosen im Vordergrund steht, sowie der Wechsel hin zum aktivierenden Sozialstaat. Beispiele dafür sind die Einbeziehung erwerbstätiger Sozialhilfeempfänger in das neu geschaffene Arbeitslosengeld II und die Beendigung der üblichen Praxis der Frühverrentung.

Für den zweiten Teil, die eigentliche Agenda 2010 durch den zukunftsorientierten Aufbau einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft und modernen Wissensgesellschaft, blieb kaum Zeit. Während andere Länder ihre Etats für Forschung, Entwicklung und Bildung bereits kräftig erhöht hatten, leitete bei uns erst Rot-grün eine Trendwende ein. Auch die ökologische Umgestaltung konnte nach Jahren des hartnäckigen Widerstands und der wirtschaftlichen Ignoranz erst unter Schröder begonnen werden, so mit der ökologischen Finanzreform, dem Erneuerbaren Energien Gesetz oder dem Atomausstieg.

Zudem traf die Agenda dort, wo sie „Sicherheit im Wandel“ (*Franz Müntefering*) wollte, auf den massiven Widerstand der konservativen Mehrheit im Bundesrat. Obwohl sie das Feuer gelegt hatte, zündelte die Union dort weiter. Ihr Wortführer, Hessens Ministerpräsident Roland Koch, forderte die weitgehende Demontage des Sozialstaates.

Vor diesem Hintergrund müssen die Verschiebungen in der Parteienlandschaft gesehen werden. Es fehlt an gemeinsamer Deutung und Orientierung, obwohl unser Wissen, auch das über Bedrohungen, weiter rasant zunimmt. Dieses Auseinanderfallen zwischen Wissen und Handeln blockierte unsere Gesellschaft. Die Politik verlor sich häufig in „Geschichtchen“, statt – wie die SPD mit dem Sozialstaat - eine große Geschichte zu entwerfen. Die Parteien entwickeln daher immer weniger Bindungskraft, weil sie weniger ein gutes und gelungenes Leben für alle aufzei-

gen. Dadurch laufen auch sie der Entwicklung häufig hinterher, wodurch sich auch ökonomische Interessen weit stärker durchsetzen.

Der Sozialhistoriker *Eric Hobsbawm* sieht in der Auflösung sozialer und historischer Bindungen die größte Gefahr für das europäische Gesellschaftsmodell. Das vielleicht bedrohlichste Phänomen ist, das wir mehr und mehr in einer Art permanenter Gegenwart leben, in der nur noch das Hier und Jetzt zu zählen scheint.

Unter dem „Regime der kurzen Frist“ (*Richard Sennett*) verliert die Politik an Gestaltungskraft, weil Erfahrungen gekappt und die Aufgaben und Chancen der Zukunft zu wenig erkannt werden. Das wurde in den letzten Jahren durch die Schwächung des Nationalstaates verstärkt. Denn in der „globalen Welt des Tauschs“ tritt der „nur private Mensch an die Stelle des sozialen und politischen Menschen“ (*Alain Touraine*). Da auch er Gemeinschaft und Identität braucht, sucht er, weil er keine sozialen Bindungen findet, seinen Halt oftmals in ethnischen, populistischen oder pseudoreligiösen Ideologien. Kleine, radikale Parteien, die nicht auf Konsens ausgerichtet sind, bekommen Auftrieb, wogegen die Integration an Bedeutung verliert. In diesem Prozess von Auflösung steigern Protestbewegungen die rhetorische Dosis der aggressiven Abgrenzung, wogegen die großen Parteien austauschbar und perspektivlos erscheinen.

Unsere Demokratie braucht Tradition und Wertorientierung, Reformfähigkeit und Perspektiven. Wir befinden uns zwar derzeit in einer Phase der Konsolidierung, aber es besteht kein Anlass zur Zufriedenheit. Die Lage ist nicht stabil, neue Herausforderungen zeichnen sich ab. Die Einbrüche auf den Immobilienmärkten sind bereits ein bedrohliches Wetterleuchten. Nach dem Zusammenbruch der New Economy zu Anfang des Jahrzehnts tut sich eine neue spekulative Blase auf, welche die Weltwirtschaft erschüttern kann. Und ohne auf die Regeln der Marktwirtschaft zu achten, verschärft sich weltweit die Konkurrenz, auch zu Lasten Europas und mit erheblichen Folgen für den sozialen Zusammenhalt.

Mehr noch: Vieles deutet darauf hin, dass ein neuer Sturm aufzieht, der uns schwer beschädigen kann. Die Stichworte heißen Klimawandel, Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen und nachholende Industrialisierung großer, bevölkerungsreicher Erdregionen. Diese Herausforderungen werden die nächsten Jahre prägen. Aber sie eröffnen gerade unserem Land große Möglichkeiten, zu neuer Stärke zu kommen.

Doch dafür lässt sich der bisherige Modernisierungspfad nicht ohne Korrekturen fortsetzen. Er baut auf hohem Wachstum und nationalstaatlicher Handlungskompetenz auf, die immer weniger gegeben sind - und auch nicht vertretbar. Denn das quantitative Wachstum wird zu einem Experiment mit der Zerbrechlichkeit „unserer überbevölkerten, ungleichen und verschmutzten Erde“ (*UN-Brundtland Bericht*). Ökologische Grenzen des Wachstums werden sichtbar und können nur um den Preis von Katastrophen überschritten werden.

Im Entwurf des neuen SPD Grundsatzprogramms wird die Alternative genau beschrieben: Entweder wird das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit oder es wird ein Jahrhundert der Ausgrenzung, Gewalt und des Niedergangs. Europa würde deshalb zerbrechen, wenn seine Zukunft allein Markt und Kapital überlassen bleibe. Unser Land braucht eine zweite Phase von Reformen, damit es sich nicht nur in der Globalisierung behaupten kann, sondern sie im europäischen Verbund auch sozial und ökologisch gestaltet. Kurz: Nicht weniger, sondern mehr Reformpolitik ist notwendig.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Agenda 2010 nicht auf sozialpolitische Fragen reduzieren, schon gar nicht auf die These von der postliberalen Anpassung. Sie muss zwar immer wie-

der überprüft, vor allem aber fortentwickelt werden, doch Schröders Begründung von 2003 bleibt richtig: „Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit. Entweder wir modernisieren – und zwar als soziale Marktwirtschaft – oder wir werden modernisiert – und zwar von den unbremsten Kräften des Marktes, der das Soziale beiseite drängt.“

Von *Antonio Gramsci* wissen wir, dass alles ein Innen und ein Außen hat. Eine konservative Vormacht ist auch ein Ergebnis der Schwäche der Linken. Dagegen war die Agenda – unbeschadet der Bewertung einzelner Maßnahmen – der Versuch, nach dem konservativen Reformversagen der neunziger Jahre einen schmerzlichen Zwischenschritt auf dem Weg zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und zu ihrer Erweiterung in eine sozial-ökologische Ordnung zu machen.

Darum geht es noch immer. Die angelsächsischen *economy departments* haben der Deutschland AG den Boden entzogen, die soziale Marktwirtschaft geschwächt. Der Rheinische Kapitalismus, in dem wir uns eingerichtet hatten, ist Vergangenheit. Damit trat das ein, was das angesehen britische Wirtschaftsblatt *The Economist* schon 1930 beschrieben hatte: „Das größte Problem jeder Gesellschaft besteht darin, dass die Erfolge auf ökonomischer Ebene die Erfolge auf politischer Ebene dermaßen übertreffen, dass Wirtschaft und Politik nicht miteinander Schritt halten. Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit, politisch ist sie zersstückelt geblieben. Die Spannung zwischen diesen beiden gegensätzlichen Entwicklungen lösen reihenweise Erschütterungen und Zusammenbrüche im gesellschaftlichen Leben aus“.

Ein dreiviertel Jahrhundert später knüpft der neue Friedensnobelpreisträger *Al Gore* an diese Analyse an, wenn er die wachsende „Dysfunktionalität“ als die größte Herausforderung unserer Zeit beschreibt. Umso drängender stellt sich die Frage nach der Modernisierung der Gesellschaft und der Gestaltungskraft der Politik. Mit der Ökonomisierung aller Lebensbereiche verliert sich der konservative und wirtschaftsliberale Teil unserer Republik in der Teilwelt einer Partiallogik, die absolut gesetzt wird. Dadurch werden die Ungleichgewichte weiter vergrößern. Das kann nicht die Zukunft sein.

Ohne die politisch-historische Einordnung bleibt die Agenda 2010 jedoch der Streitpunkt in der Partei und mit den Gewerkschaften – und beide verlieren. Sogar von einer „Entsozialdemokratisierung“ ist die Rede, vor allem von denen, die sich der kritischen Debatte über die Fehler der Vergangenheit nicht stellen. Uns lässt die Debatte um die Agenda 2010 nicht los, wenn wir sie nicht in einem Gesamtzusammenhang und mit weiteren Reformschritten bewerten. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I und die Rente mit 67 zeigt zudem, wie schnell sonst wenige Korrekturen zu scheinbar unvereinbaren Positionen gemacht werden.

Allerdings kennzeichnet eine gewisse Unbestimmtheit, Zögerlichkeit und Angst auch einige Teile der Sozialdemokratie. Die SPD muss sich insgesamt an die Spitze von nachhaltigen Reformen setzen. Sie braucht das unverwechselbare Profil einer modernen, linken Gestaltungspartei. Der Agendaprozess ist aber zu wenig erklärt und damit auch zu wenig akzeptiert.

Wir, die Autoren, gehören unterschiedlichen Strömungen der SPD an, der Parlamentarischen Linken und dem Seeheimer Kreis. Daher sind wir längst nicht immer einer Meinung in allen Fragen sozialdemokratischer Politik. Doch gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, sondern suchen eine Kultur des konstruktiven Diskurses, der Unterschiede solidarisch austrägt, statt sie zu verschleiern oder unüberwindlich zu machen. Und wir sind uns völlig einig: Die SPD muss die linke Gestaltungspartei in Deutschland bleiben.

Dabei darf es keinen Unterschied zwischen der SPD in der Regierung und der SPD als Reformpartei geben. Ihre Perspektive muss weit über eine Legislaturperiode hinausreichen. Weitergehende Gestaltungsziele können jedoch nur erreicht werden, wenn die SPD als Ganzes auch in der großen Koalition erfolgreich ist.

Gestalten heißt verändern - und zwar rechtzeitig. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb der Parteien. Wir bleiben die Partei der sozialen Demokratie, nicht der konservativen Anpassung oder des rückwärts gewandten Protestes. Viel zu lange wurde zugelassen, dass der Sinn von Reformen und Modernisierung entweder entleert oder ökonomischen Interessen untergeordnet wurde. Reform heißt nicht, wie in der postliberalen Ideologie, die mit der Idee der sozialen Marktwirtschaft unvereinbar ist, Anpassung an ökonomische Zwänge, sondern – wie der Duden definiert – die „planmäßige Neuordnung, Umgestaltung und Verbesserung des Bestehenden“. Reformen dürfen den Menschen keine Angst machen, sondern müssen sie motivieren, indem sie die Perspektive eines besseren Lebens aufzeigen.

Nur so setzen wir ein inhaltliches Gegengewicht gegen die Sinnentleerung der politischen Debatte. In der heutigen Postmoderne wird der öffentliche Diskurs häufig auf schillernde Symbole oder kunstvolle Darstellungen, auf einzelne Personen oder kurzzeitige Trends verengt. Statt sachgerecht über Stärken oder Schwächen, Korrekturbedarf oder Weiterentwicklung der Agenda 2010 zu reden, wird jede kleine Änderung am eingeschlagenen Kurs entweder als Verrat diffamiert oder zum Machtkampf hochstilisiert.

Doch es gehört zur politischen Verantwortung, Wirkungen von Maßnahmen zu überprüfen, Schwachstellen zu beseitigen und weitere Reformschritte aufzuzeigen. Alles andere wäre fatal, denn es geht nicht nur um die Zukunft der Sozialdemokratie, sondern generell um die Reformfähigkeit unseres Landes. Unsere Konsequenz aus der Debatte der letzten Wochen heißt: Wir müssen die „langen Ketten“ (Norbert Elias) unserer Politik aufzeigen, damit Unterschiede nicht taktisch verstanden, vordergründig personalisiert, in fragwürdige Schablonen wie „Modernisierer oder Traditionalist“ gepresst oder zu Machtauseinandersetzungen hochstilisiert werden.

Es gibt keinen Grund, das Feld dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zu überlassen, der sich den Schein des Sozialreformers geben will, aber in seinem Bundesland mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten zur Desintegration der Gesellschaft beiträgt. Übrigens der gleiche Rüttgers, der als Zukunftsminister versagt hat und Deutschland den Rückstand bei Forschung und Entwicklung eingebrockt hat, den Rot-Grün erst wieder mühsam aufholen musste.

Oder den selbstgerechten Talkshowsozialisten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, die scheinbar nur Polemik und Protest kennen und mit Populismus gegen besseres Wissen brillieren wollen. Diese Stimmungsmache markiert den Unterschied zwischen einer Protestlinken und Gestaltungslinken. Die ersten suchen den Schein, die zweiten Lösungen und sie brauchen dafür den langen Atem.

Die SPD will die Zukunft gestalten und nicht nur die Gegenwart kritisieren. Die tatsächlich konservativ gewordene Protestlinke muss die Frage beantworten, was passiert wäre, wenn die Bundesregierung Schröder unter dem Druck von Beschäftigungskrise und Wirtschaftsflaute nichts getan hätte? Deutschland drohte ein „Grand Hotel am Abgrund“ (Theodor Adorno) zu werden. Wer die geschichtlichen Erfahrungen ernst nimmt, darf eine „Sonthofen-Strategie“ nach der Taktik „Es muss alles noch viel schlechter werden, damit wir Erfolg haben“ gar nicht erst erwägen, geschweige denn verfolgen. Doch die Linkspartei verkennt die Tragweite der globalen Transformation. Sie klammert sich an eine untergegangene Zeit.

Die Agenda 2010 hat dagegen den Selbstbetrug beendet, wir lebten noch in den gesicherten Verhältnissen vergangener Jahrzehnte. Viele Kritiker reden über die Globalisierung, geben aber keine Antworten. So bitter einzelne Verluste und Einschnitte auch sind, die Debatte darüber ist wichtig, für die Beurteilung des Gesamtprozesses reichen solche Rechnungen nicht aus.

Tatsächlich hat der Wettbewerb zwischen dem postliberalen Kapitalismus und der sozialen Demokratie, die nicht nur die individuelle Freiheit fördert, sondern sie in mehr Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und faire Partnerschaft einbettet, längst begonnen. Der entscheidende Unterschied liegt im Verhältnis zur Ökonomie, denn die soziale Demokratie setzt auf eine politische Gestaltung der Märkte, nutzt den öffentlichen Sektor für eine solidarische Verteilung und stärkt die Zivilgesellschaft.

Noch immer befinden wir uns in einer Zeit der Zuspitzung, die nicht weniger, sondern mehr politische Gestaltung notwendig macht. Der SPD muss es gelingen, die große Leitidee der Nachhaltigkeit zum Maßstab für die deutsche und europäische Politik zu machen. Sie schafft damit neue Bewegungsspielräume. Diese Programmatik geht auf die europäische Sozialdemokratie zurück, auf Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland. Nachhaltigkeit justiert die soziale Demokratie neu unter den Bedingungen der Globalisierung. Sie gibt eine Antwort auf die drängende Frage, wie heute Fortschritt möglich wird.

Nachhaltigkeit führt ökonomische Innovationskraft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit zusammen. Sie übernimmt Verantwortung für die Zukunft. Und sie gibt damit unserem Land eine Reformidentität, weil sie emanzipatorisch ist, die entfesselte Ökonomie durch soziale Regeln bändigt, den Jahrhundertfehler beendet, Wohlstand und Beschäftigung mit der Ausbeutung der Natur zu bezahlen, beendet und an einer friedlichen und gerechten Weltordnung aktiv mitwirkt.

Deshalb muss es zu weiteren Reformen kommen – vor allem bei drei Aufgaben: Erstens beim Megathema Innovationen, Forschung und Entwicklung, wo die Aufwendungen auf mindestens 4 Prozent und die des Bundes, der Länder und der Kommunen für Bildung noch stärker wachsen müssen. 7 Prozent sind hier ein richtiges, aber großes Ziel. Zweitens benötigen wir ein europäisches Sozialstaatsmodell, das allen echte Chancen gibt: Kein junger Mensch ohne Schul- und Berufsschulabschluss. Kein Mensch in Arbeitslosigkeit ohne Möglichkeit zur Qualifizierung. Aufstieg durch Leistung muss ein reales Versprechen werden. Und drittens brauchen wir Investitionen in ein qualitatives Wachstum, insbesondere in die ökologische Modernisierung.

Eine tiefe Legitimationskrise der Demokratie kann verhindert werden, wenn die Politik heute gestaltet, statt nur auf Veränderungen zu reagieren.

** Die Autoren sind Bundestagsabgeordnete. Sie repräsentieren die beiden großen Strömungen in der SPD-Fraktion, Parlamentarische Linke (PL) und Seeheimer Kreis (SK). Gerd Andres, langjähriger Sprecher des SK, ist Parlamentarischer Staatssekretär bei Franz Müntefering, Marion Caspers-Merk (SK) ist Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Susanne Kastner (SK) ist Bundestagsvizepräsidentin, Ernot Erler (PL) ist Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Michael Müller (PL) ist Parlamentarischer Staatssekretär im Umweltministerium und Ernst-Dieter Rossmann spricht für die PL.*